



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Per Mail

Berlin, 02. November 2009

Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP

- Bewertung der Bildungs- und Forschungspolitik -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen,

der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag erfüllt auch im Kapitel Bildung und Forschung voll und ganz die nicht vorhandenen Erwartungen: In der Bildungspolitik enthält die Vereinbarung mehr inhaltsleere Floskeln als konkrete Maßnahmen, und dort, wo konkrete Ansätze und Instrumente genannt werden, leisten sie weder einen Beitrag zur Chancengleichheit noch zur Verbesserung der Qualität in der Bildung. Im Gegenteil: Statt die sozialen Ungleichheiten der Bildungschancen zu bekämpfen, setzen Union und FDP auf Klientelpolitik und treiben die soziale Spaltung im Bildungssystem voran. Auch in der Forschungspolitik legt Schwarz-Gelb die falschen Schwerpunkte und betreibt Forschungsförderung nach dem Gießkannen- statt nach dem Gestaltungsprinzip.

I. Bildungspolitik: sozial blind und ohne Ideen

Klientelpolitik statt Chancengleichheit

Union und FDP bleiben auch in der Bildungspolitik sozial blind. Mit der Koalitionsvereinbarung verabschieden sich Union und FDP endgültig von dem Gedanken, dass die Gewährleistung gleicher und guter Bildungschancen für alle eine öffentliche Aufgabe ist, für die der Staat die Verantwortung trägt, und dass Bildung für alle Menschen kostenlos zur Verfügung stehen muss. Schwarz-Gelb treibt die Privatisierung der Bildungsfinanzierung voran und verstärkt die soziale Spaltung im Bildungssystem. Zwei Beispiele:

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

DAGMAR ZIEGLER
JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 2.416 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-71200 TELEFAX (030) 227-76556 E-MAIL DAGMAR.ZIEGLER@BUNDESTAG.DE

DR. ERNST DIETER ROSSMANN
BÜROANSCHRIFT PAUL-LÖBE-HAUS RAUM 7.131 11011 BERLIN
TELEFON (030) 227-73447 TELEFAX (030) 227-76318 E-MAIL ERNST-DIETER.ROSSMANN@BUNDESTAG.DE



- **Bildungssparen:** Im Koalitionsvertrag kündigen Union und FDP an, jedem neu geborenen Kind („beispielsweise“) ein Zukunftskonto mit einem Startguthaben von 150 Euro einzurichten und Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie zu unterstützen. Im Klartext: Geld vom Staat erhalten nicht diejenigen, die es zur Verbesserung ihrer Bildungschancen brauchen, sondern diejenigen, die ohnehin genug Geld und damit überhaupt die Möglichkeit haben, etwas auf die Seite zu legen. Bildungsförderung ist etwas anderes als Bausparen. Bildungschancen müssen unabhängig von der Finanzkraft der Eltern sein.
- **Stipendien:** Union und FDP wollen gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendien-Programm ins Leben rufen. Hochschulen sollen bei der Wirtschaft Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat einwerben, die von Bund und Ländern hälftig bezuschusst werden. 10 Prozent der Studierenden sollen so mit Stipendien versorgt werden. Das klingt auf den ersten Blick gut, hat aber erhebliche Tücken: Erstens wissen wir aus diversen Studien, dass auch von Stipendien vor allem sozial Bessergestellte profitieren. Zweitens kann sich niemand auf die Unterstützung verlassen: Studienfinanzierung wird zum Lotterieverfahren. Drittens macht Schwarz-Gelb die Studienfinanzierung von der Konjunkturlage, der regionalen Wirtschaftskraft der Hochschulstandorte sowie von spezifischen Brancheninteressen abhängig. So hat etwa Rheinland-Pfalz das von NRW-Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) vorgeschlagene Modell kürzlich im Bundesrat als „Förderinstrument für wirtschaftsstarke Bundesländer mit spezifischen Fächerspektren“ kritisiert. Viertens verfolgen Union und FDP ein klares Ziel: die Zementierung der Studiengebühren in den B-Ländern, quersubventioniert durch Bundesmittel. Stipendien können in jedem Fall nur ein zusätzliches Förderinstrument sein und können eine gesetzliche Regelförderung nicht ersetzen.

Klar ist: Mit dem Bildungssparen und dem Ausbau der Studienstipendien lassen sich weder die Bildungsarmut noch die Bildungsmisere in unserem Land beheben. Wer die Chancengleichheit in der Bildung verbessern will, der muss der Gebührenfreiheit von Bildung sowie der gezielten, sozial ausgleichenden finanziellen Förderung oberste Priorität einräumen und mit individuellen Rechtsansprüchen verknüpfen. Für uns heißt das: Erweiterung des Schüler-BAföG, Weiterentwicklung und Ausbau des BAföG und Abschaffung der Studiengebühren.

Ideenlosigkeit statt handfeste Konzepte

Union und FDP geben keine Antworten auf die großen Herausforderungen unseres Bildungssystems. Die Koalitionsvereinbarung lässt den Leser auch in der Bildungspolitik über weite Strecken im Unklaren, wohin die Reise jenseits der Privatisierung von Bildungsaufwendungen eigentlich gehen soll: Sie ist bildungspolitisch so ideenlos wie das Wahlprogramm der Union. Offenbar sind Bildungsministerin Schavan, die schon in der letzten Legislaturperiode mehr durch wortreiche Ankündigungspolitik („Schavanismus“) als durch konkrete Taten aufgefallen war, bereits nach vier Jahren im Amt die Ideen ausgegangen. Dies führt zu einer auffälligen Diskrepanz zwischen blumigen Zielformulierungen und dem Fehlen handfester Konzepte im Koalitionsvertrag.

- **Union und FDP haben keine Ideen für den notwendigen Qualitätssprung in der Bildung.** Angekündigt wird beispielsweise die Verbesserung der Ausbildung von Erzie-



her/innen und Lehrer/innen. Klingt gut. Aber welchen Beitrag der Bund leisten will, wird nicht gesagt. Angekündigt wird auch, dass ein „Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket“ geschnürt werden soll, mit dem die Bologna-Reformen an den Hochschulen vorangebracht, die Qualität des Studiums und die Mobilität der Studierenden verbessert werden sollen. Klingt auch gut. Aber wie? Keine Antwort.

Für die SPD steht fest: Notwendig wären gezielte Investitionen in gute Bildungsinfrastruktur, Bildungsangebote und individuelle Förderung. So fordert die SPD beispielsweise, den quantitativen Ausbau der Studienkapazitäten durch die Hochschulpakete und die von der KMK bereits beschlossenen Nachbesserungen an den Studienstruktur-Reformen (Bologna-Prozess) durch einen Bund-Länder-Qualitätspakt für gutes Studium zu ergänzen, der klare und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre enthält.

- **Besonders augenfällig ist die bildungspolitische Ideenlosigkeit in der Aus- und Weiterbildung.** Union und FDP haben keinen Ehrgeiz zu einer engagierten Ausbildungsmarktpolitik und keine Ideen für die dringend notwendige Stärkung der Weiterbildung. So bleibt unklar, wie allen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verholfen, der Ausbildungspakt weiterentwickelt und das Problem der „Warteschleifen“ zwischen Schule und Beruf gelöst werden soll. Unklar bleibt auch, ob und wie die Weiterbildung endlich deutlich ausgebaut werden soll.

Für die SPD steht fest: Wir brauchen neue, gesetzlich abgesicherte Förderinstrumente, Rechtsansprüche und Rahmenbedingungen, um benachteiligte junge Menschen besser ins Berufsleben zu führen und die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen. Dazu gehören für uns ein Rechtsanspruch zum Nachholen des Schulabschlusses für alle, eine gesetzliche Berufsausbildungsgarantie, die Weiterentwicklung der Bildungsprämie, die Weiterentwicklung von BAföG und Meister-BAföG (Erwachsenenbildungsförderungsgesetz) sowie die Arbeitsversicherung.

- **Alter Wein in neuen Schläuchen:** Die bildungspolitische Ideenlosigkeit führt dazu, dass Union und FDP auf bereits beschlossene Maßnahmen zurückgreifen und als neue Vorschläge verkaufen. Dies betrifft etwa die angekündigten Sprachfeststellungen für Vierjährige (Beschluss der Länder beim Bildungsgipfel 2008), die Bundesunterstützung für das neue Serviceverfahren in der Hochschulzulassung durch die ZVS-Nachfolgeeinrichtung (Beschlusslage der Großen Koalition), die angekündigte Weiterbildungsallianz (Beschlusslage des Bildungsgipfels 2008) oder die Verlängerung der Hochschul- und Wissenschaftsinitiativen (Hochschulpakt, Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation, Beschlusslage Bund/Länder Juni 2009).

Wettbewerbsföderalismus statt gesamtstaatlicher „Bildungspartnerschaft“

Union und FDP proklamieren die Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen, setzen aber auf mehr Wettbewerbsföderalismus. Wer es mit der im Koalitionsvertrag proklamierten „Bildungspartnerschaft“ von Bund und Ländern wirklich ernst meint, der muss im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine echte Partnerschaft möglich ist. Union und FDP wollen aber das sog. Kooperationsverbot im Grundgesetz, das et-



wa ein weiteres Bund-Länder-Programm zum Ausbau der Ganztagschulen verhindert, nicht antasten. Stattdessen soll das Hochschulrahmengesetz aufgehoben werden, ohne dass die neuen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Hochschulzulassung und -abschlüsse genutzt werden sollen. Unklar bleibt, wie Union und FDP so zur Verbesserung einheitlicher Bildungsstandards und zur Verbesserung der Mobilität zwischen den Bildungssystemen der Länder in der „Bildungsrepublik Deutschland“ kommen wollen.

Fazit Bildung

Union und FDP bleiben bildungspolitisch ideenlos, betreiben Klientelpolitik und vertiefen die sozialen Ungleichheiten der Bildungschancen statt sie zu bekämpfen.

Wenn es einen roten Faden im Bildungskapitel des schwarz-gelben Koalitionsvertrages gibt, dann besteht er darin, sozialstaatliche Bildungsverantwortung zurückzufahren, bildungspolitische Gestaltungsansprüche etwa durch den Verzicht auf die Schaffung guter gesetzlicher Rahmenbedingungen aufzugeben, Kosten für Bildung auf die Menschen abzuwälzen und Bildung von ökonomischen Marktmechanismen abhängig zu machen. Schwarz-Gelb koppelt die Zukunftschancen unserer Kinder an das Elterneinkommen und die Konjunkturlage. Auch in der Bildungspolitik lautet das Motto der neuen Regierung: mehr private Verantwortung, mehr Markt und weniger Staat.

II. Forschungspolitik: einseitig und ohne Gestaltungsanspruch

Technologieausrichtung statt Forschung für den Menschen

Die Koalition setzt forschungspolitisch falsche Schwerpunkte und vernachlässigt wichtige Forschungsfelder. Union und FDP kündigen eine Weiterentwicklung der Hightech-Strategie (HTS) und eine Konzentration auf die Anwendungsfelder Klimaschutz/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit an. Problematisch wird es dort, wo sich die Schwerpunktsetzung auf „alte“ Technologien wie Atomenergie und kerntechnische Sicherheitsforschung statt auf Energie- und Energieeffizienzforschung im Bereich der erneuerbaren Energien fokussiert. Wichtige Bereiche wie Dienstleistungs- und Arbeitsforschung, Demographie- und Bildungsforschung, Friedens- und Konfliktforschung sowie die Geistes- und Sozialwissenschaften kommen bei Schwarz-Gelb zu kurz.

Gießkanne statt Gestaltung in der Forschungsförderung

Die Koalition strebt die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen an und betreibt damit Wirtschaftsförderung mit der Gießkanne statt gestaltende Forschungspolitik. Auch die SPD hatte im Regierungsprogramm angekündigt, neue steuerliche Komponenten in der Forschungsförderung zu prüfen, allerdings klar begrenzt auf Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU). Auch Union und FDP suggerieren im Koalitionsvertrag, die steuerliche Förderung auf KMU zu konzentrieren. In der Presse stellt Ministerin Schavan aber klar, worum es geht: Eine Steuergutschrift für alle Unternehmen (Financial Times Deutschland vom 28.10.2009).

Für uns steht fest, dass das Ziel, Anreize für verstärkte FuE-Anstrengungen der Wirtschaft zu setzen, nicht in Konflikt geraten darf mit dem gestaltenden Anspruch in der Forschungspolitik.



Für die SPD-Bundestagsfraktion hatte daher die Projektförderung des Bundes immer die oberste Priorität, da sie als flexible Programmförderung das wesentliche Instrument für eine Forschungspolitik darstellt, die mit einer inhaltlichen Ausrichtung forschungspolitische Schwerpunkte setzen kann und sich an den wichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemen orientiert. Die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung unabhängig von der Unternehmensgröße widerspricht dem Anspruch forschungspolitischer Gestaltung und effizienter Zielgenauigkeit der Forschungsförderung. Daher werden wir auch weiter einfordern, dass die Einführung der steuerlichen FuE-Förderung nicht zu Lasten der bewährten Projektförderung des Bundes geht und auf Kleine und Mittlere Unternehmen begrenzt wird.

Fazit Forschung

Union und FDP geben in der Forschungspolitik keine überzeugenden und in sich stimmigen Antworten auf die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit und vernachlässigen den forschungspolitischen Gestaltungsanspruch zugunsten einer wirtschaftsliberalen Subventionspolitik insbesondere für Großunternehmen.

Notwendig wäre die konsequente Weiterentwicklung der High-Tech-Strategie und eine stärkere Orientierung auf Bereiche, die Mensch, Umwelt und Gesellschaft dienen und Antworten auf die dringenden Fragen geben, wie wir in Zukunft leben wollen – ohne das zu Lasten künftiger Generationen und unseres Planeten zu tun. Bei der Forschungsfinanzierung setzt die Koalition auf das Gießkannenprinzip und überlässt es damit zu einem großen Teil der unternehmerischen Entscheidung, was mit welcher Intensität erforscht und entwickelt werden sollte.

III. Bildungs- und Forschungsfinanzierung ohne Konzept

Union und FDP kündigen an, die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung um 12 Mrd. Euro zu erhöhen. Außerdem wird angekündigt, Maßnahmen zu ergreifen, die es Ländern, Wirtschaft und Privaten erleichtern, ebenfalls ihren Beitrag zum Ziel des Bildungsgipfels zu leisten, bis 2015 gesamtstaatlich 10 % am BIP für Bildung und Forschung aufzuwenden. Ob Schwarz-Gelb in der Lage sein wird, die Ankündigung umzusetzen und die Mittelsteigerungen tatsächlich aufzubringen, bleibt abzuwarten:

- **Schwarz-Gelb hat kein seriöses Finanzierungskonzept.** Statt zur Finanzierung besserer Bildung die Spitzenverdiener stärker in die Verantwortung zu nehmen, setzt Schwarz-Gelb auf Pump und das Prinzip Hoffnung und überlässt die Finanzierung künftigen Generationen. Sozial gerecht und haushaltspolitisch tragfähig wäre hingegen: zusätzliche Investitionen in Bildung ohne zusätzliche Schulden, finanziert durch den von der SPD geforderten Bildungssoli als Aufschlag auf die Spitzensteuer für Bezieher sehr hoher Einkommen.
- **Steuersenkungen erschweren zusätzliche Bildungs- und Forschungsinvestitionen der Länder:** Schwarz-Gelb erklärt im Koalitionsvertrag, es „den Ländern erleichtern“ zu wollen, ihren Bildungsausgaben zu steigern. Mit den geplanten Steuersenkungen und den dadurch bewirkten massiven Einnahmeausfällen für die Länder macht die neue Regierung aber faktisch genau das Gegenteil: Zusätzliche Zukunftsinvestitionen von Ländern und Kommunen in Bildung und Forschung werden erheblich erschwert. Der Berliner Finanz-



senator hat errechnet, dass die Entlastungspläne der Koalition allein der Hauptstadt so viel kosten wie 50.000 Studienplätze oder 100.000 Kita-Plätze.

- **Viel Geld, wenig Ideen:** Der Koalitionsvertrag gibt keine Antworten, für welche Maßnahmen die zusätzlichen Ausgaben für Bildung investiert werden sollen. Die Koalitionsvereinbarung enthält mehr inhaltsleere Floskeln als handfeste Instrumente. Das einzig konkrete Bildungsprojekt, das nicht unter einem einschränkenden Vorbehalt steht, ist das geplante Stipendien-Programm. Die Süddeutsche Zeitung (26.10.2009) kommentierte, der Koalitionsvertrag flüchte sich „in viele schwammige Formulierungen. Wohin das Geld fließen soll, bleibt unklar.“

Fazit: Union und FDP bleiben in der Bildungspolitik sozial blind und ohne Ideen, in der Forschungspolitik einseitig und ohne Gestaltungsanspruch und in der Bildungs- und Forschungsfinanzierung unseriös und ohne tragfähiges Finanzierungskonzept. Unter dem Strich bleiben somit gerade auch in der Bildungs- und Forschungspolitik zahlreiche Anknüpfungspunkte, um unser sozialdemokratisches Profil in diesen Politikfeldern in dieser Legislaturperiode weiter zu schärfen und unseren Kompetenzvorsprung in der Bildungs- und Forschungspolitik weiter auszubauen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dagmar Ziegler

gez. Dr. Ernst Dieter Rossmann